



Antrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt, Herbert Woerlein, Susann Biedefeld, Kathi Petersen SPD**

Glyphosat: Risiken schnell ermitteln – Kinder schützen – unnötigen Einsatz sofort unterbinden

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, umgehend eine eigene flächendeckende und repräsentative Studie in Auftrag zu geben, um die Glyphosat-Belastung der bayerischen Bevölkerung, insbesondere von Kindern, zu ermitteln.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der Einsatz von Glyphosat aus Gründen der Vorsorge im kommunalen und privaten Bereich zum nächstmöglichen Zeitpunkt verboten wird.

Die Staatsregierung wird weiterhin aufgefordert, dem Landtag nach Abschluss der Gespräche zwischen der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und der Internationalen Agentur für Krebsforschung (IARC) über die unterschiedlichen Bewertungen von Glyphosat sofort zu berichten und umgehend einen den Ergebnissen angemessenen Maßnahmenkatalog vorzulegen.

Begründung:

Eine aktuelle Studie des Umweltbundesamts deutet darauf hin, dass die Belastung von Menschen mit Glyphosat in den letzten Jahren mit hoher Wahrscheinlichkeit deutlich angestiegen ist. Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Bewertungen durch die Internationale Agentur für Krebsforschung (IARC) und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) auf der einen Seite, die den Wirkstoff Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend“ einstufen, und der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und des Bundesinstituts für Risikobewertung auf der anderen Seite, aus denen bisher noch keine einheitlichen Schlüsse gezogen worden sind, ist staatliches Handeln zum Schutz der Bevölkerung und aus Vorsorgegründen unabdingbar.

Dabei müssen nicht nur die Erkenntnisse, vor allem auch im Hinblick auf die Belastungen und Risiken für Kindern, schnellstmöglich verbessert werden, sondern auch alle Anwendungen von Glyphosat umgehend beendet werden, die unnötig sind oder für die ungefährliche Alternativen zur Verfügung stehen.